

**Stadt Bielefeld**

**Rede**

**des Oberbürgermeisters Pit Clausen**

**zur Einbringung des**

**Haushaltsentwurfes 2016**

**in der Sitzung des Rates**

**am 10.12.2015**

**Sperrfrist 10.12.2015, 18:00 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort**

Heute lege ich Ihnen den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr vor.

Die wichtigste Nachricht vorweg:

**Sie können über einen genehmigungsfähigen Haushalt beraten und beschließen.**

Mit diesem Haushaltsplanentwurf bleibt die Stadt Bielefeld in vollem Umfang handlungsfähig. Die Ratspolitik kann weiterhin Akzente setzen. Der Rat kann gemeinsam mit der Verwaltung selbst bestimmen, wie die kommunalen Aufgaben erledigt werden.

Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Denn noch immer stehen 1,2 Mrd. Aufwendungen nicht 1,2 Mrd. Erträge gegenüber. Unter dem Strich weist das Ergebnis auch für 2016 einen Fehlbetrag, voraussichtlich von 64,5 Mio. €, aus<sup>1</sup>. Diesen Fehlbetrag müssen wir bis 2022 reduzieren. Das Ziel ist die schwarze Null. Diese schwarze Null ist Handlungsleitlinie im Haushaltsaufstellungsverfahren: nur sie führt zur Genehmigung des Haushaltes durch die Bezirksregierung Detmold und damit zum Erhalt der Selbstverwaltung durch Rat und Verwaltung der Stadt Bielefeld.

Seit 2009 arbeiten wir konsequent an der Reduzierung des ursprünglich 154 Mio. € betragenden Fehlbetrags<sup>2</sup>, für das Jahr 2022 streben wir den Haushaltsausgleich an<sup>3</sup>.

Ich bitte um Verständnis, wenn ich nicht detailliert auf einzelne Positionen eingehe. Die Fachausschüsse und schließlich der Finanzausschuss werden sich intensiver mit den Zahlen befassen und dann hoffentlich im März nächsten Jahres dem Rat zur Beschlussfassung vorlegen.

---

<sup>1</sup> Folie 1

<sup>2</sup> Folie 2

<sup>3</sup> Folie 3

## **Aktuelles strukturelles Defizit: 64,5 Mio. €**

Woran liegt das, wofür geben wir immer noch - im nächsten Jahr 64,5 Mio. € - mehr aus als wir einnehmen?

- Auf der Ertragsseite der städtischen Finanzen stehen im wesentlichen Steuern, Schlüsselzuweisungen und Zuweisungen von Bund und Land sowie Gebühreneinnahmen<sup>4</sup>.
- Auf der Aufwandsseite sind es im Wesentlichen Aufwendungen für Personal, Kinder- und Jugendarbeit, Sozialausgaben, Infrastruktur<sup>5</sup>.

Diese beiden Seiten entwickeln sich aber nicht proportional, wie sich am Verhältnis Steuereinnahmen zu Ausgaben leicht erkennen lässt:

Im Jahr 1990 wurden noch rd. 33% der Steuereinnahmen in Bielefeld für Jugend und Soziales verwandt.

Im Jahr 2005 waren es schon 67%,  
im Jahr 2016 decken die Steuereinnahmen gerade mal die Sozialausgaben!

Die Sozialausgaben haben sich in den letzten 25 Jahren vervielfacht. Diese Aufwendungen erfolgen ganz überwiegend für Rechtsansprüche, die vom Bundes- oder Landesgesetzgeber begründet wurden und die von den Kommunen erfüllt werden müssen: z.B. Transferleistungen nach dem SGB II oder dem AsylBewLG, Rechtsansprüche auf Kinderbetreuung oder Erziehungshilfe.

---

<sup>4</sup> Folie 4

<sup>5</sup> Folie 5

## Wie gehen wir damit um?

In der Analyse haben wir schon in 2010 die Einschätzung gefunden, dass wir dieses strukturelle Problem, das eben kein Bielefeld Problem ist, nicht alleine lösen können. Darum haben wir seit 2010 auf eine 3-Säulen-Strategie gesetzt, um das strukturelle Defizit der Stadt auszugleichen:

1. wirtschaftliche Erholung
2. kommunalfreundliche Einsichten/Entscheidungen von Bund und Land und
3. eigene Konsolidierung

### Zu 1

Wirtschaftliche Erholung drückt sich bei der Stadt u.a. durch steigende Steuereinnahmen aus. Die Steuereinnahmen, gemeint sind neben Grund- und Gewerbesteuer auch der gemeindliche Anteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer- haben sich deutlich – genau wie die Soziallasten – nach oben bewegt<sup>6</sup>. Hat die Stadt Bielefeld im Jahr 2009 noch 316 Mio. € erhalten, bewegen wir uns im Jahr 2016 bei einem Anteil von 437 Mio. €.

### Zu 2

Es gibt auch Gutes aus B + D zu berichten. Kommunalfreundliche Entscheidungen von Bund und Land drücken sich in Erstattungen und Zuweisungen aus, die haben sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt<sup>7</sup>. Haben wir 2009 noch insgesamt 215 Mio. € Schlüsselzuweisungen und Erstattungen von Bund und Land erhalten, sind es im Jahr 2016 nun 441 Mio. €.

### Zu 3

Und schließlich die eigene Konsolidierung: durch die unterschiedlichen Haushaltssicherungskonzepte haben wir in den Jahren seit 2010 bis 2016 insgesamt 57 Mio. € konsolidiert<sup>8</sup>. Bis 2020 werden wir weitere 31 Mio. € konsolidiert haben, so dass die HSKs insgesamt 88 Mio. € erbringen.

---

<sup>6</sup> Folie 6

<sup>7</sup> Folie 7

<sup>8</sup> Folie 8

Die konsequente Verfolgung dieses 3-Säulen-Modells hat sich gelohnt: wir haben in den letzten Jahren immer wieder einen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen können und werden das in den Folgejahren auch tun können.

Insbesondere die Steuererhöhungen und die Einsparmaßnahmen haben in der Stadtgesellschaft keinen Beifall ausgelöst.

Aber:

- wir haben die Stadt nicht kaputtgespart. Wir sind weiterhin leistungsfähig und attraktiv. Das soziale Angebot ist weiterhin breit gefächert, das kulturelle Angebot einer Großstadt angemessen. Wir können in die Infrastruktur investieren, die Sanierung des Lutterkanals schreitet voran, das Freibad Gadderbaum wird saniert, Stadtumbauprojekte führen zu Aufwertungen der Quartiere, Feuerwehrfahrzeuge werden erneuert, Kindertagesstätten gebaut und erweitert, Schulen saniert und und und.
- Und wir belasten mit den Steuern niemanden über die Maßen. Die Gewerbesteuer bleibt mit 480 Punkten stabil auf dem Durchschnitt der mittelgroßen NRW Vergleichsstädte mit 200 – 400 Tausend EinwohnerInnen. Auch die von Ihnen schon beschlossene Erhöhung der Grundsteuer B für 2016 auf 620 Punkte liegt im Durchschnitt dieser Vergleichsstädte. Generell steigt das Niveau der Grundsteuer B in NRW Städten.

## **Haushalt und Flüchtlingszuzug**

Der 2016er Haushalt wird in einer Zeit eingebracht, in der der Flüchtlingszuzug und seine Folgen auch die Kommunalpolitik stark fordern. Welche Auswirkungen hat der Zuzug auf die städtischen Finanzen?

Seriös kann Ihnen das heute keiner prognostizieren: Welche Integrationsleistungen wie viel Geld kosten, vermag heute keiner schätzen. Allerdings weiß auch niemand, welchen wirtschaftlichen Gewinn wir durch die Zuwanderungen erfahren.

Heute können wir folgendes festhalten<sup>9</sup>:

Im Entwurf des Haushaltsplanes 2016 sind Aufwendungen für Flüchtlinge im Volumen von rd. 78,3 Mio. € enthalten.

Bezogen auf den Gesamtaufwand 2016 entspricht dies einem prozentualen Anteil von rd. 6,5 %.

Den bislang dargestellten verwaltungsweiten Aufwendungen der Gesamtverwaltung in Höhe von 78,3 Mio. € stehen Erträge in Höhe von rd. 62,3 Mio. € gegenüber.

Zum Aufstellungszeitpunkt war die Aufstockung der Landesmittel auf Basis von 10.000 € pro Flüchtling noch nicht absehbar. Diese wird 2016 noch zu höheren Erträgen führen. Im Gegenzug werden die steigenden Flüchtlingszahlen auch noch zu höheren Aufwendungen führen. Insofern sind die Zahlen stetig anzupassen. Das werden wir über die Veränderungslisten machen.

Bund und Land haben deutlich zu einer Haushaltsentspannung beigetragen. Von einer kompletten Finanzierungsübernahme all unserer Aufwendungen im Flüchtlingsbereich sind wir zwar noch weit entfernt. Aber die Bemühungen auf allen Ebenen, die Integration gemeinsam zu schaffen, sind da.

So zeichnet sich derzeit folgendes Bild in den Mittelanmeldungen<sup>10</sup>:

- Die Aufwendungen für Landeseinrichtungen (Erstaufnahmeeinrichtungen und Zentrale Unterbringungseinrichtungen) werden zu 100% vom Land getragen.
- Die Aufwendungen für die unbegleiteten Flüchtlinge werden ebenfalls vollständig übernommen.
- Die Sozialleistungen für die Flüchtlinge werden zu rd. 73% refinanziert.

Trotz der gewaltigen Anstrengungen, die mit der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen verbunden sind, können wir festhalten, dass die Flüchtlingsthematik unseren Haushalt und seine Genehmigungsfähigkeit nicht in Gefahr bringt.

---

<sup>9</sup> Folie 9

<sup>10</sup> Folie 10

## Personal und Stellenplan

Die Entwicklung der Personalkosten und des Stellenplans sind für die weitere Haushaltskonsolidierung von besonderer Bedeutung. Obwohl wir Stellen einsparen, steigen die Personalaufwendungen. Grund sind zum einen die tariflichen Steigerungen und die Besoldungserhöhungen. Eine weitere Ursache sind Mehrstellen, auch die Mehraufwendungen im Bereich Personal wegen des beschlossenen Sonderprogramms Flüchtlinge.

Ich habe mir die Entwicklung des Stellenabbaus und der Mehrstellen seit 2012 mal genauer angeschaut:

In der Kernverwaltung haben wir seit 2012 94,5 Stellen abgebaut. Im Jahr 2016 kommen 31,5 dazu, so dass ich auf 126 abgebaute Vollzeitstellen komme.

Dem stehen in diesen Jahren 304 Mehrstellen, davon 24,5 im kommenden Jahr, gegenüber.

Von diesen 304 Mehrstellen sind 25 Stellen nicht refinanziert. Grund für diese 25 nicht refinanzierten Stellen in den Jahren 2012 und 2013 waren in der Regel Fallzahlensteigerungen.

Alle anderen 279 Stellen waren refinanziert: sie waren und sind im Wesentlichen also durch Bundes- oder Landesmittel oder durch städtische Mehreinnahmen gedeckt.

In der Gesamtschau<sup>11</sup> hat sich in der Zeit 2012 bis 2016 bei den Personalkosten eine Haushaltsverbesserung um 2,4 Mio. € ergeben, die sich allerdings nicht nur in den Personalaufwendungen, sondern auch in den Erträgen widerspiegeln.

Refinanzierungen, Zuschüsse und städtische Mehreinnahmen aufgrund der Mehrstellen haben das städtische Defizit also nicht vergrößert, sondern verringert!

---

<sup>11</sup> Folie 11

## Haushaltsausgleich 2022

Im Haushaltsplanentwurf steht für das Jahr 2022 eine Schwarze Null. Sie ist klein, das gebe ich zu – der prognostizierte Überschuss beträgt 1,3 Mio. €. Im vergangenen Jahr sind wir noch von einem Überschuss von 6,9 Mio. € ausgegangen.

Eine Perspektive haben wir aber noch nicht eingerechnet: der Bund hat 5 Mrd. € für die Kommunen zugesagt. 1 Mrd. € machen bei der Stadt Bielefeld rd. 5,5 Mio. € aus. Bislang sind nur 3 der 5 Bundes-Mrd. € in die Planung eingeflossen – 11 Mio. € sind im vorliegenden Entwurf also noch nicht berücksichtigt!

Dieses Beispiel soll verdeutlichen, dass die Haushaltsentwicklung bis 2022 bei weitem nicht „sicher“ ist: nahezu jeden Monat ändern sich die Rahmenbedingungen. Wir werden im Laufe des Haushaltsaufstellungsverfahrens noch zahlreiche Änderungen einbringen, da gerade in der Flüchtlingsversorgung noch personelle Anforderungen und Finanzierungen durch Bund und Land abgebildet werden müssen

Trotz dieser Unsicherheiten und trotz der nach wie vor angespannten finanziellen Situation bin ich zuversichtlich, dass der Haushaltsausgleich 2022 zu erreichen ist.

Zum Schluss spreche ich meinen besonderen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus, die an der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs mitgewirkt haben. Gemeinsam dürfen wir Ihnen einen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2016 präsentieren, der angemessen auf eine erfolgreiche Zukunft unserer wachsenden Stadt ausgerichtet ist. Wir sind auf einem guten Weg.